

# HAMBURGER FORUM

## RUNDBRIEF NR. 04/18

[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

4. Juni 2018

Ihr wisst es ja schon: Die Bundesregierung will den Rüstungshaushalt erhöhen, um weltweit stärker „deutsche Interessen“ durchsetzen zu können. Neben den Waffen bedarf es für die weltweiten Auslandseinsätze der Bundeswehr auch SoldatInnen und Ruhe an der Heimatfront. Zu diesem Zweck wird seit einigen Jahren jährlich der „Tag der Bundeswehr“ begangen, um die Bevölkerung für die Bundeswehr zu begeistern und besonders unter Jugendlichen für den Beruf des Soldaten zu werben. So sollen die aus



Sicht der Bundesregierung zu pazifistischen Deutschen für die Unterstützung der deutschen Kriegsführung gewonnen werden. In diesem Jahr öffnet dazu die Führungsakademie der Bundeswehr in Nienstedten ihre Türen. Die FüAK ist die Kaderschule für deutsche Offiziere, die hochrangigste Ausbildungseinrichtung der Bundeswehr.

Das Bündnis Bildung ohne Bundeswehr BoB schreibt dazu: „Protestiert deshalb mit uns gegen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft und Kriegstreiberei am ‚Tag der Bundeswehr‘! Zeigen wir den SoldatInnen, dass sie nicht in unserem Namen töten und dass

die Gesellschaft nicht hinter ihnen und den Kriegen von deutschem Boden steht!“

### **Kein „Tag der Bundeswehr“ – Kriegspropaganda und Militarisierung stoppen! Kundgebung • Samstag, 9. Juni • 10-17 Uhr • Manteuffelstraße 20**

Der deutsche Faschismus veranstaltete zur Vorbereitung des zweiten Weltkriegs seit 1935 den „Tag der Wehrmacht“. Die katastrophalen Folgen sollten bekannt sein. Die Friedensbewegung zog daraus die Lehre, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte, und stellte sich daher gegen die Gründung der Bundeswehr und alle folgenden Aufrüstungsschritte. Heute setzen wir uns gegen die weitere Militarisierung deutscher Außenpolitik ein.

Um Vergangenheit und Gegenwart deutscher Kriegseinsätze geht es auch bei einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung, die wir unterstützen:

### **Tagung: Deutscher Kolonialismus. Gestern und heute? 16. Juni • 10-17 Uhr • Kaffeewelt, Böckmannstraße 3-4**

Der Unkostenbeitrag beträgt 12 Euro, ermäßigt 8 Euro. Den Flyer zur Tagung findet ihr auf unserer Website ([www.hamburgerforum.org/pdf/FlyerDeutscherKolonialismus.jpg](http://www.hamburgerforum.org/pdf/FlyerDeutscherKolonialismus.jpg)).

Der Ostermarsch liegt jetzt schon eine Weile zurück. Trotzdem setzen wir im Rundbrief die Dokumentation der Reden fort. Im Beitrag von Gilbert Siegler geht es um den Kohleausstieg. (Noch bis zum 8. Juni können Unterschriften unter den Aufruf der Hamburger Volksinitiative „Tschüss Kohle“ geleistet werden; wer noch nicht unterschrieben hat, sollte das schleunigst tun. Infos und Listen unter [www.tschuess-kohle.de](http://www.tschuess-kohle.de).) In vielen Kriegen geht es um Energieressourcen. Der Einsatz für die Energiewende und die Abkehr von den fossilen Energieträgern ist daher ein Beitrag zur Friedensbewegung. Der Auftaktbeitrag von Sönke Wandschneider befasst sich vor allem mit dem Thema Flucht und Fluchtursachen, während sich Reinhard Schwandt, ver.di-Hamburg AK Frieden, mit dem türkischen Krieg gegen Nordsyrien befasst. Reinhard's Rede konnte aus Zeitmangel während des Ostermarsches nicht mehr vorgetragen werden. Die Fotos vom Ostermarsch in dieser Ausgabe stammen von Reinhard Schwandt.

Wir arbeiten für eine Welt ohne Krieg. Wer uns dabei unterstützen will, ist eingeladen, mit uns zusammen friedensbewegte Aktionen voranzutreiben. Die diskutieren und planen wir auf unseren Vorstandssitzungen mit Gästen:

**Dienstag, 19.6. und 3.7. • 18.00 Uhr • Curiohaus • Rothenbaumchaussee 15**

Oder schreibt uns, wenn ihr Anfragen und Anregungen habt (Adresse auf der Seite 1 unten).

Zum Abschluss noch ein Wort zum Datenschutz: Zum Versand des Rundbriefs per Post speichern wir euren Namen und die Anschrift. Diese Daten werden ausschließlich für unseren Versand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Wenn ihr keine weitere Post von uns wünscht, teilt uns das bitte mit (Kontaktdaten auf Seite 1 unten), wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Außerdem ist es natürlich möglich, dass ihr den Rundbrief per E-Mail erhaltet statt per Post. Dann erhaltet ihr die Infos etwas schneller und wir sparen uns das Porto. Wenn ihr dies wünscht, teilt uns bitte eure E-Mail-Adresse mit.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

*Markus Gunkel*

## Kohleausstieg ist Kriegsvermeidung!

**Redebeitrag von Gilbert Siegler (Hamburger Energietisch) zum Hamburger Ostermarsch am 2. April**

Die USA und ihre Verbündeten wollen eine „Neuordnung des mittleren Ostens“. In den Kriegen in Afghanistan, Irak, Syrien und weiteren Ländern geht es es nicht zuletzt um die Kontrolle von Öl- und Gasquellen.

Die energetische Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas beschleunigt die globale Erhitzung. Die sich anbahnende Klimakatastrophe nimmt schon heute in Ländern des globalen Südens Millionen Menschen die Lebensgrundlagen und führt zu großen Fluchtbewegungen. Die werden durch Deutschland und andere EU- und NATO-Staaten mit militärischen Mitteln bekämpft.

Die Abkehr von der energetischen Nutzung fossiler Energieträger ist also eine unabdingbare Voraussetzung für eine Abkehr von der Politik der Aggression, der Kriegsdrohung und Kriegführung hin zu einer Welt, in der alle Menschen sicher und in Würde leben können.

Es geht um nichts weniger als eine völlig andere energetische Grundlage gesellschaftlicher Reproduktion. Für diese Energiewende setzt sich der Hamburger Energietisch ein, für den ich spreche. Der Hamburger Energietisch hat sich nach dem Volksentscheid 2013 gegründet, damit der vom Senat tatsächlich umgesetzt wird.

Der Volksentscheid legte fest, dass die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze von Vattenfall und E.ON zurückgekauft werden müssen. Das Fernwärmenetz ist bis heute noch nicht zurückgekauft.

Und der Volksentscheid legt fest: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ Leider hält sich auch der jetzige Senat nicht an diesen Beschluss. Stattdessen

plant er zusammen mit dem Vattenfall-Konzern erneut eine Moorbургtrasse, also eine Fernwärmeleitung unter der Elbe hindurch, die dem Steinkohle-Heizkraftwerk Moorbург den Verkauf großer Mengen Wärme ermöglichen würde.

Hintergrund ist die Notwendigkeit, das alte, dreckige und störanfällige Kohlekraftwerk in Wedel zu ersetzen. Die grün geführte Behörde für Umwelt und Energie will dafür aus dem Süderelbeaum 41% Wärme aus Kohle, 42% aus Erdgas und nur 17% erneuerbare Wärme bereitstellen lassen. Vattenfall drängt darauf, sämtliche Wärme aus dem Süderelbeaum aus seinem Steinkohlekraftwerk zu liefern.

Dazu gibt es eine Alternative, für die der Hamburger Energietisch und andere Nichtregierungsorganisationen seit langem eintreten: Im Stelling Moor können Anlagen errichtet werden, die klimaverträglicher sind, kostengünstiger und schneller zu realisieren, sodass die Dreckschleuder in Wedel schneller abgestellt werden könnte. Leider hat die Behörde für



Die Gruppe Gutzeit beim Ostermarsch

Umwelt und Energie sich bisher geweigert, diese Alternative auch nur ernsthaft zu prüfen!

Deshalb müssen *wir* die Trasse unter der Elbe, die Moorburgtrasse 2.0 verhindern. Dann hat Vattenfall keine Möglichkeit, direkt oder indirekt Kohlewärme ins Fernwärmenetz zu liefern.

Am 10. April wird sich deshalb ein Bündnis „Moorburgtrasse 2.0 stoppen“ gründen. Wir treffen uns am 10.4. um 18.30 h im Centro Sociale an der Feldstraße. Wir werden dort konkrete Aktionen planen. Dazu wird eine Begehung der geplanten Trassenführung durch Othmarschen und Bahrenfeld gehören. Die Planungen für die Moorburgtrasse 2.0 laufen seit dem letzten Frühsommer. In den nächsten Wochen ist mit der öffentlichen Auslegung der Pläne zu rechnen.

Gegen die Pläne können vier Wochen lang Einwendungen eingereicht werden. Der Hamburger Energietisch wird Voraussetzungen dafür schaffen, dass es viele Einwendungen werden können. Als 2011 der erste Versuch einer Moorburgtrasse am Widerstand zahlreicher Hamburger\*innen scheiterte, lagen 4700 Einwendungen gegen die Pläne vor. Aktionen vor Ort wie wochenlange Baumbesetzungen mitten im Winter machten deutlich: Die Moorburgtrasse ist politisch nicht durchsetzbar. Und so muss es wieder werden. Die Moorburgtrasse 2.0 muss an unserem Widerstand scheitern!

Zeigen wir den Senatsparteien, dass sie für eine Moorburgtrasse 2.0 einen sehr hohen politischen Preis zu zahlen hätten! Werden wir aktiv – weil die globale Erhitzung gebremst werden muss, weil Heizen bezahlbar sein muss und weil diese Stadt nicht

schon wieder viel Geld für ein nicht nur sinnloses, sondern äußerst schädliches Projekt verschleudern darf.

Detaillierte Informationen und Argumente findet ihr auf einem Flyer, den ihr gleich bei mir bekommt, und auf der Website des Hamburger Energietisches, unter [www.hamburger-energetisch.de](http://www.hamburger-energetisch.de).

Zurzeit läuft die Volksinitiative „Tschüss Kohle“, die den Kohleausstieg Hamburgs über Änderungen im Klimaschutzgesetz und im Wegerecht durchsetzen soll. In der Demo sammeln Unterstützer\*innen Unterschriften und ich bitte alle zu unterschreiben, die das noch nicht getan haben. Zur Verhinderung der Moorburgtrasse 2.0 taugt die Volksinitiative allerdings nicht. Denn einen Volksentscheid – und nur der wäre verbindlich – wird es frühestens 2020 geben. Bis dahin werden aber alle Verträge zur Trasse und mit Vattenfall abgeschlossen sein – wenn *wir* den Senat nicht daran hindern!

Damit eine Moorburgtrasse 2.0 verhindert werden kann, müssen noch viel mehr Menschen aktiv werden als bisher – der Hamburger Energietisch schafft das nicht alleine! Setzen wir durch, dass Hamburg einen ernsthaften Beitrag zum Klimaschutz leistet und nicht weiterhin daran mitschuldig ist, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen und in der Sahara oder im Mittelmeer sterben.

Statt Rüstungsausgaben zu erhöhen, müssen Sie gekürzt werden – diese Mittel werden auch gebraucht für den Ausstieg aus der energetischen Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas – damit die Erde bewohnbar bleibt!

## Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit

### Sönke Wandschneider auf der Auftaktkundgebung des Hamburger Ostermarsches

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Vor einigen Wochen lief eine Nachricht durch die Medien, die uns alle hätte aufschrecken lassen müssen: Die DOOMSDAY CLOCK, die Uhr des Jüngs-

ten Gerichts, ist zu Anfang des Jahres *auf zwei Minuten vor zwölf* vorgestellt worden.

Sie verdeutlicht das aktuelle Risiko einer globalen Kriegskatastrophe, besonders einer Atomkriegskatastrophe. Diese symbolische Uhr wird einmal im Jahr veröffentlicht in einem „Berichtsblatt der Atomwissenschaftler“, in dessen Herausgeberkreis 17 Nobelpreisträger vertreten sind.

Sie stand immerhin schon einmal, 1991, auf sieben Minuten vor zwölf, zu einer Zeit also, als wir alle hofften, dass mit dem Ende des Kalten Krieges eine Zeit der Abrüstung und der friedlichen Konfliktregelung beginnen würde. Wir haben uns getäuscht und wir wurden getäuscht.

Noch immer lagern US-amerikanische Atomwaffen in unserem Land, jederzeit einsatzbereit, dann geflogen von deutschen Tornado-Piloten vom Fliegerhorst Büchel. Diese Kumpanei der US-NATO-Strategen wird dann verharmlosend „Nukleare Teil-



habe“ genannt. Wir fordern stattdessen den sofortigen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, am 20. September letzten Jahres von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. 120 Länder stimmten dafür, die Bundesregierung hat ihm nicht zugestimmt, sich sogar nicht einmal an der Vorbereitung beteiligt; sie wollte wohl die NATO-Bündnispartner, besonders die USA, nicht verstimmen. Sie trägt ja auch die immer noch gültige Erstschlagsdoktrin der USA mit. Wir treten ein für den sofortigen Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Büchel und aktive Mitarbeit bei der Abschaffung aller Atomwaffen.

Nicht zuletzt der Krieg des türkischen Militärs gegen die demokratische Kurden-Enklave in Afrin im Nordwesten Syriens, der Krieg der Saudis und ihrer Verbündeten gegen den Jemen, um nur zwei der aktuellen Kriegsschauplätze zu nennen, haben die Welt und uns gelehrt, dass der Weg des Friedens lang und mühselig ist und die Aussichten alles andere als rosig. Und unsere Regierung schweigt öffentlich dazu, obwohl oder weil sie Rüstungsexporte gerade in diese Länder immer wieder billigt. Das soll Arbeitsplätze sichern – heißt es, dient aber letztlich nur der Bereicherung weniger. Unsere Regierung macht sich so mitschuldig an der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen anderer.

Der designierte US-Außenminister Mike Pompeo und auch der designierte Nationale Sicherheitsberater des US-amerikanischen Präsidenten, John Bolton, setzen auf Krieg, der eine fordert den gewalttätigen Umsturz in Teheran, der andere erwartet von Israel militärische Angriffe auf iranische Anlagen. Und unsere Regierung schweigt öffentlich dazu.

Die Bundesregierung könnte und müsste dazu beitragen, das immer stärker werdende Gewaltpotential zu verringern, denn auch sie weiß, jede Waffe wird irgendwann todbringend, d. h. mörderisch eingesetzt, jede Waffe findet ihre Opfer. Wer das noch nicht aus der jüngeren Vergangenheit oder auch aus den Kriegen der Gegenwart gelernt hat, ist entweder lernunwillig oder lernunfähig, oder verfolgt insgeheim andere Interessen, jedenfalls keine friedlichen.

Wer die Nachrichten der letzten Tage verfolgt hat, könnte vielleicht aufatmen, denn die wichtigsten Waffensysteme haben schwere Defekte, sind nicht einsatzbereit oder NATO-tauglich (z. B. die deutschen Tornados), eines von sechs U-Booten der Klasse 212A, nur fünf von 13 Fregatten könnten in See stehen, nur drei von 15 Transportflugzeugen Airbus A400M abheben, von Hubschraubern gar nicht zu reden. Das wäre allerdings eine Abrüstung wider Willen, Frau Dr. von der Leyen wird schon für Abhilfe sorgen. Aber sie ist ja auch damit beschäftigt, die Absicht der EU-Kommission umzusetzen, das Verkehrsnetz durch Deutschland Richtung Osten zu verbessern, damit der Leopard 2 Panzer schneller an der russischen Westgrenze sein kann. Wir wollen keine



schnelleren Straßen und Schienen zum Transport von Massenmordmaschinen, wir wollen eine **KLARE POLITISCHE ENTSCHEIDUNG ZUR ABRÜSTUNG**, und das so bald wie möglich.

Deshalb sind unsere diesjährigen zentralen Forderungen:

**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN!**

**ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN!**

**GENERELLES VERBOT ALLER RÜSTUNGSEXPORTE!**

**UMWANDLUNG VON RÜSTUNGSPRODUKTION IN ZIVILE PRODUKTION!**

**ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT UND OHNE BEDINGUNGEN!**

**Insbesondere ENTFEINDUNGSPOLITIK GEGENÜBER RUSSLAND!**

**ENDE DES NEUEN KALTEN KRIEGES!**

Kriege (auch Bürgerkriege) sind immer noch weltweit die wichtigste Fluchtursache. Es gibt weltweit mehr als 65 Millionen Flüchtlinge (das ist die Zahl der UNHCR, der UN-Hilfsorganisation für Flüchtlinge), wobei sich diese Zahl allein in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat und die Dunkelziffer sicher wesentlich höher liegt. Allein aus Syrien sind nach wie vor mehr als 6 Millionen Menschen auf der Flucht.

**FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN** – das ist das neue politische Mantra, nachdem die Grenzen nahezu dicht geschlossen sind. Aber gleichzeitig verkaufen deutsche Rüstungskonzerne mit politischer Billigung für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt, besonders in Kriegsgebiete. Gleichzeitig finanzieren und belohnen wir Grenzschutzanlagen, Zäune und Mauern zwischen zentralafrikanischen Ländern. Gleichzeitig lassen wir Italien und Griechenland mit den dort gestrandeten Flüchtlingen allein.

Neben der Entscheidung zur sukzessiven Abschaltung aller Atomkraftwerke aufgrund der Katastrophe von Fukushima war die Entscheidung von Angela Merkel im Herbst 2015, die vor der Grenze stehenden Flüchtlinge in unser Land zu lassen, nicht nur menschlich und historisch richtig. Endlich galt wieder das Recht auf Asyl – wenn auch nur vorüberge-

hend. Inzwischen sind die Fluchtwege weitgehend dicht, vor weiteren Fremden müssen wir uns nicht fürchten (Herr Seehofer wird es schon richten). Ja, unsere Politiker schrecken auch nicht davor zurück, abgelehnte Asylsuchende abzuschicken (notfalls mit Gewalt), zurückzuschicken in Länder wie Afghanistan – immer noch nicht bekannt als Friedensoase. Ja, wir als Mitglieder der Friedensbewegung treten auch weiterhin für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden ein.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre – zu Hochzeiten der Friedensbewegung – machte ein Zitat aus den 30er Jahren die Runde, das ich uns nicht vorenthalten möchte, weil seine Weisheit nach wie vor stimmt:

„Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden. ...

Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg“.

1934, fünf Jahre vor dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, hat der 28jährige Theologe Dietrich Bonhoeffer dies auf einer großen Tagung des ökumenischen Weltbundes für Freundschaftsarbeit auf der dänischen Insel Fanö in einer visionären Rede gesagt. Bonhoeffer war später am Widerstand gegen Hitler beteiligt. Er wurde verhaftet und wenige Wochen vor dem Ende des Krieges am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet.

„Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit“.

Machen wir uns also auf den Weg und lassen die vermeintlichen Sicherheiten hinter uns.

## Besonders bitter ist die Rolle Deutschlands beim Krieg der Türkei gegen Nordsyrien

Beitrag des ver.di-Hamburg AK Frieden zum Ostermarsch von Reinhard Schwandt

Als Organisationen der arbeitenden Menschen treten die Gewerkschaften für die Sicherung des Friedens ein, für die Verhinderung und die Beendigung von Kriegen. Wir sind ein natürlicher Teil der Friedensbewegung und treten auf gegen die Kriege in dieser Welt. Und wir sind gegen Waffenproduktion und vor allem gegen den Export von Waffen, mit denen die Kriege in dieser Welt befeuert werden.

Der Angriffskrieg, den die Türkei gegen Nordsyrien führt, ist völkerrechtswidrig. Die Bombardierung von Dörfern und Städten, das Töten Hunderter Frauen, Männer und Kinder, das Vertreiben einer halben Million Menschen von ihrem Grund und Boden ist ein verbrecherischer Akt.

Die Invasion und die Besetzung des überwiegend kurdisch besiedelten Kantons Afrin ist ein Völkerrechtsbruch, sie ist ein illegaler und illegitimer Aggressionsakt, ein Kriegsverbrechen.

Diese Kriegsverbrechen werden von der NATO, von der EU und insbesondere von der Bundesregie-

rung geduldet und heruntergespielt. Dieser Krieg wurde und wird mit deutschen Leopard-Panzern, mit deutscher Artillerie und deutschen Granaten geführt. Dazu liefern Tornados der Bundeswehr, die im syrischen Krieg eingesetzt werden, die Bilder der sogenannten Luftaufklärung – für die Zielbestimmung der türkischen Armee.

Der nordsyrische Kanton Afrin war bis zum Einmarsch der türkischen Armee und ihrer dschihadistischen Söldner das einzige Gebiet Syriens, das vom Krieg verschont geblieben war. Deshalb hatten sich in den letzten Jahren Hunderttausende Menschen, darunter viele Jesiden, die vom IS schon einmal vertrieben worden waren, nach Afrin geflüchtet. Dort haben verschiedene Religionen und Ethnien völlig gleichberechtigt zusammengelebt.

Besonders bitter ist die Rolle, die Deutschland bei diesem Krieg gespielt hat und spielt:

Vor dem Einmarsch in Syrien im Januar hat die Bundesrepublik Deutschland Erdogan freie Hand gegeben für seinen Krieg. Während des gesamten Krieges liefert Deutschland der Türkei weiterhin Waffen aller Art, z. B. Artilleriegranaten – und stimmt weiteren Waffenexporten zu. Das musste die Bundesregierung vor wenigen Tagen zugeben – entgegen früheren Behauptungen, dass sie alle Waffenlieferungen und -genehmigungen gestoppt hätte. Das war mal wieder gelogen.

Dieser Angriffskrieg muss von der internationalen Gemeinschaft gestoppt werden!

Deutschland und die EU müssen sich dafür einsetzen, dass die Türkei sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht und die vertriebene Bevölkerung zurückkehren kann.



Erdogan kündigt inzwischen an, in weitere Gebiete von Syrien und dem Irak einzumarschieren und sie zu annektieren. Nicht einmal gegen diese unglaublichen Ankündigungen gibt es hörbaren Widerspruch aus der EU, der NATO oder von der Bundesregierung. Die Türkei will die überwiegend kurdische Selbstverwaltung in Rojava in Nordsyrien vollständig zerstören und die Bewohner vertreiben oder unterwerfen. Und sie will die Siedlungsgebiete der Jesiden annektieren.

Statt gegen diese weiteren angekündigten Kriege vorzugehen, stützt die Bundesregierung die Waffenindustrie. Die Firmen wie Krauss-Maffei, Heckler und Koch und Rheinmetall, das nicht nur Waffen liefert, sondern in der Türkei eine ganze Panzerfabrik bauen will, machen mit jedem Krieg neue und immer höhere Profite.

Dieser tödliche Kreislauf muss durchbrochen werden!

Wir Gewerkschafter sind solidarisch mit der nord-syrischen Föderation gegen den Angriffskrieg der Türkei.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord hat 2017 diese Forderungen beschlossen:

„Schluss mit allen Rüstungsexporten, insbesondere in die Türkei und alle Länder des Nahen und Mittleren Ostens!

Schluss mit dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien und Irak! Auch alle anderen Auslandseinsätze ohne UN-Mandat sind zu beenden!

Keine weitere Aufrüstung der Bundeswehr, stattdessen Abrüstung und Verwendung der Rüstungs- und Kriegsmilliarden für soziale Zwecke!“

## Grußwort von Udo Lindenberg zum Ostermarsch 2018

aus einer Bert Brecht Rede : Wien 1953

lasst uns die warnungen erneuern – und das tausendmal gesagte immer wieder sagen, auch wenn es schon wie asche im munde liegt. denn der menschheit drohen kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige versuche sind – und sie werden kommen, ohne zweifel, wenn denen, die sie in aller öffentlichkeit vorbereiten, nicht die hände zerschlagen werden.

zusatz von udoL :

Say No  
wenn der resignator sagt  
widerstand häts nicht gebracht  
und der krieg sei nicht zuletzt  
auch so ‘ne art naturgesetz  
Say No  
wenn sie kommen um dich zu holen  
für ihr elendes geschäft

text 2017 udoL :

kriege werden inszeniert  
wie theaterstücke aufgeführt  
jeder schmiert mal rein ins buch der welt-regie  
wer sind die bösen – wer ist gut  
teure bomben – reichlich blut  
und den schampus säuft die waffen-industrie  
(udo lindenberg )

aus ‚wozu sind kriege da‘ von udoL :

habt ihr alle milliarden menschen  
überall auf der welt  
gefragt ob sie das so wollen  
oder gehts da auch um geld  
viel geld für die bonzen  
die panzer und raketen bauen  
und dann gold und brillianten kaufen  
für ihre eleganten frauen  
oder gehts da nebenbei  
auch um so religiösen zwist  
dass man sich nicht einig wird  
welcher gott nun der wahre ist  
oder was gibts da noch für gründe  
die ich genauso bescheuert find  
naja, vielleicht kann ichs noch nicht verstehen  
wozu kriege nötig sind  
er ist wohl noch zu klein  
er ist ja noch ein kind

